|  |
| --- |
| **Anlage A1 für die Direktvergabe von Bauleistungen****Modell - Erklärungen gemäß Art. 80 GvD. 50/2016, 84 und 90 DPR 207/2010 und etwaiger Unterauftrag*****(NB: Die vorliegende Anlage muss von dem durch Markterhebung für folgende Direktvergabe der Arbeiten gewählten Wirtschaftsteilnehmer ausgefüllt werden)*****Direktvergabe:**      **CIG-Code:**      Einheitscode CUP:       |

**Aufgrund der Vergabetypologie auswählen:**

* **Für Offline-Vergaben: *Das vorliegende Formular muss ordnungsgemäß ausgefüllt, vom Auftragnehmer unterzeichnet und samt Auftragsschreiben übermittelt werden.***
* **Für Online-Vergaben: *Das vorliegende Formular muss ordnungsgemäß ausgefüllt, vom Auftragnehmer digital unterzeichnet und im Portal samt Angebot hochgeladen werden.***

***Abschnitt I***

***ANAGRAFISCHE DATEN***

**Achtung: Die Person, die Anlage A1 ausfüllt, MUSS auch digital unterzeichnen.**

Der/die Unterfertigte      ,

Steuernummer      ,

geboren in       (Provinz      , Staat      ) am

wohnhaft in der Gemeinde      , PLZ      , Provinz (     ), Staat      ,

Straße/Platz

in seiner/ihrer Eigenschaft als

[ ]  gesetzliche/r Vertreter(/Inhaber [ ] Generalbevollmächtigter [ ]  Sonderbevollmächtigter

des Unternehmens:      ,

MwSt.- Nr.:      ,

Steuernummer:      ,

mit Rechtssitz in der Gemeinde      , PLZ      , Provinz (     ), Staat      ,

Straße/Platz      ,

E-Mail:      ,

Zertifizierte E-Mail (PEC)

Telefon:      ,

Fax:      ,

erklärt gemäß LG vom 22. Oktober 1993 Nr. 17, dass er/sie sich der strafrechtlichen Verantwortung im Falle unwahrer Erklärungen und der daraus folgenden strafrechtlichen Sanktionen nach Art. 76 DPR Nr. 445/2000 bewusst ist und

**ERKLÄRT**

- dass die zertifizierte E-Mail, über welche er/sie die Mitteilungen zur Vergabe erhält, oder ein anderes gleichwertiges Instrument, falls es sich um einen Wirtschaftsteilnehmer mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat handelt, wie folgt lautet:

PEC oder anderes gleichwertiges Instrument:

**- dass er die Befugnisse innehält, um obiges Unternehmen zu verpflichten und dieses Dokument und/oder weitere Dokumente zur gegenständlichen Vergabe zu unterzeichnen,**

- dass das Unternehmen als einzelnes Unternehmern teilnimmt,

- dass er/sie die Anforderungen gemäß Art. 3 der Aufforderung zur Einreichung eines Voranschlags/Vorschlags vom für di Vergabe der Bauleistung erfüllt**,**

- **[ ]** dass er/sie **nicht** beabsichtigt, die Bauarbeiten laut Markterhebung mit **Unterauftrag** zu vergeben,

- [ ]  dass er/sie nach Maßgabe von Art. 105 GvD Nr. 50/2016 und gemäß Planunterlagen/besondere Vertragsbedingungen/weiteren beigelegten Unterlagen **beabsichtigt**, folgende Bauleistungen an geeignete und kraft Gesetz qualifizierte Unternehmen mit Unterauftrag zu vergeben:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Bauleistung  | SOA-Kategorie *(nur zur Ausweisung der vergabegegenständlichen Bauleistungen)* | angeben, ob gänzliche/teilweise Untervergabe *[die Bauleistun-gen/SOA+entsprechende Anteile angeben]* |
|  |  | [ ] gänzlich/[ ] teilweise      % |
|  |  | [ ] gänzlich/[ ] teilweise      % |
|  |  | [ ] gänzlich/[ ] teilweise      % |
|  |  | [ ] gänzlich/[ ] teilweise      % |
|  |  | [ ] gänzlich/[ ] teilweise      % |

- **dass alle obigen Bedingungen für die Erfüllung der Teilnahmeanforderungen bei der Direktvergabe berücksichtigt wurden,**

**- dass er/sie sich im Falle von Teilverträgen, die kein Unterauftrag sind, verpflichtet, gemäß Art. 105 Abs. 3 Buchst. c/bis GvD Nr. 50/2016 die entsprechenden dauerhaften Kooperations- Dienstleistungs- und/oder Lieferverträge, die vor Anberaumung des gegenständlichen Verfahrens unterzeichnet wurden, vor oder bei Vertragsunterzeichnung in der Vergabestelle zu hinterlegen.**

***Abschnitt II***

***ANGABEN ZUM ERKLÄRENDEN UNTERNEHMEN***

Er/Sie

**ERKLÄRT**

[ ]  (bei Unternehmen mit Sitz in Italien) bei der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer in       (     ) für die Tätigkeit (     ) eingetragen zu sein, die mit dem Gegenstand dieser Ausschreibung übereinstimmt,

[ ]  (bei Organisationen ohne Gewinnabsichten, ONLUS) im folgenden ONLUS-Register eingetragen zu sein:      ,

[ ]  (bei Unternehmen mit Sitz im Ausland) im folgenden Verzeichnis oder in folgender offiziellen Liste des Zugehörigkeitsstaats eingetragen zu sein:       .

Er/Sie

**BESTÄTIGT FOLGENDE DATEN**

Eintragungsnummer      ;

Eintragungsdatum      ;

Gesellschaftsdauer/Enddatum      ;

Firma       .

**UND ERKLÄRT**

[ ]  ein kleinst-, kleines-, oder mittleres Unternehmen gemäß der Empfehlung der Kommission Nr. 2003/361/EG vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, zu sein (wenn weniger als 250 Personen beschäftigt werden und der Jahresumsatz die 50 Millionen Euro nicht überschreitet oder die Jahresbilanz nicht die 43 Millionen Euro überschreitet).

|  |
| --- |
| ***ANMERKUNGEN:***      |

**Angabe der Rechtssubjekte nach Art. 80 Abs. 3 des GvD Nr. 50/2016**

|  |
| --- |
| **AMTIERENDE SUBJEKTE:***(Bekleidetes Amt angeben, wie z.B.: Inhaber, gesetzliche Vertreter, technische Leiter,* ***Prokuristen*** *und andere Subjekte mit Vertretungs-, Leitungs- und Aufsichtsbefugnis, usw.)*1. Nachname:  Vorname: ([ ]  W [ ]  M)

Steuernr.:  Geburtsdatum:  Geburtsort: Wohnort:  Provinz: Funktion: 1. Nachname:  Vorname: ([ ]  W [ ]  M)

Steuernr.:  Geburtsdatum:  Geburtsort: Wohnort:  Provinz: Funktion: 1. Nachname:  Vorname: ([ ]  W [ ]  M)

Steuernr.:  Geburtsdatum:  Geburtsort: Wohnort:  Provinz: Funktion:  |

|  |
| --- |
| **AUS IHREM AMT AUSGESCHIEDENE RECHTSSUBJEKTE (im Zeitraum zwischen einem Jahr vor Veröffent­lichung der Ausschreibungsbekanntmachung und dem Datum der Unterzeichnung des gegenständlichen Formulars):**1. Nachname:  Vorname: ([ ]  W [ ]  M)

Steuernr.:  Geburtsdatum:  Geburtsort: Wohnort:  Provinz: ausgeschieden aus dem Amt als am 1. Nachname:  Vorname: ([ ]  W [ ]  M)

Steuernr.:  Geburtsdatum:  Geburtsort: Wohnort:  Provinz: ausgeschieden aus dem Amt als am 1. Nachname:  Vorname: ([ ]  W [ ]  M)

Steuernr.:  Geburtsdatum:  Geburtsort: Wohnort:  Provinz: ausgeschieden aus dem Amt als am  |

***Abschnitt III***

***WEITERE OBLIGATORISCHE ERKLÄRUNENG FÜR DIESES VERGABEVERFAHREN***

Er/Sie

**ERKLÄRT**

1. **dass er/sie in Kenntnis ist, dass die Teilnahme am gegenständlichen Verfahren als Erklärung über die Erfüllung der allgemeinen und der besonderen Anforderungen gemäß nationalen Rechtsvorschriften gilt,**
2. **dass er/sie nicht in Kenntnis über eventueller Hinderungsgründe nach Art. 80 GvD Nr. 50/2016 hinsichtlich der darin genannten weiteren Subjekte ist,**
3. **dass er/sie sich verpflichtet, im Falle der Ausübung des Rechts auf Aktenzugang gemäß Art. 53 GvD Nr. 50/2016 die eingeholten Akten und Daten jedweder Natur nicht zu verbreiten und sie ausschließlich zum Schutze seiner/ihrer rechtlichen Interessen im Rahmen gegenständlichen Verfahrens zu verwenden,**

*nur wenn laut den Kriterien gemäß Ausschreibungsbedingungen die Eintragung in die White List erforderlich ist, sonst löschen*

1. **dass er/sie im Verzeichnis der auf mafiöse Unterwanderung geprüften Lieferer, Dienstleister, Bauausführenden (sog. White List) eingetragen ist oder das Ansuchen um Eintragung gestellt hat,**
2. (evtl. bei Unternehmen, die nicht in Italien ansässig sind und dort keine ständige Niederlassung haben) dass er/sie sich an die anzuwendende geltende Steuergesetzgebung hält
3. dass er/sie bei sonstigem Ausschluss die den Vergabeunterlagen beigelegte Integritätsvereinbarung der Vergabestelle, annimmt,
4. dass er/sie Kenntnis von den Verpflichtungen gemäß Verhaltenskodex der Vergabestelle gemäß DPR vom 16. April 2013 Nr. 62 (Verordnung betreffend den Verhaltenskodex der öffentlichen Bediensteten) zum Verhalten der öffentlichen Bediensteten hat und dass er/sie sich bei sonstiger Vertragsaufhebung verpflichtet, diesen im Falle der Auftragserteilung einzuhalten und von seinen Angestellten und Mitarbeitern einhalten zu lassen.
5. dass er/sie die betrieblichen Sicherheitsverpflichtungen gemäß geltenden Gesetzesbestimmungen erfüllt, dass ihm/ihr die für die Ausführung der vertraglichen Leistungen vorgesehenen Mittel und die Ausstattung zur Verfügung stehen und dass diese den geltenden gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen insbesondere gemäß GvD Nr. 81/2008 entsprechen
6. dass im Zusammenhang mit gegenständlicher Vergabe keine Vereinbarungen und/oder wettbewerbs- und marktwidrigen Praktiken bestehen, die gegen die einschlägigen Normen, einschließlich Art. 101 ff. AEU-Vertrag und Art. 2 ff. G Nr. 287/1990, verstoßen und dass das Angebot in gänzlicher Einhaltung dieser Normen erstellt wurde,
7. dass er/sie das Auftragsschreiben bzw. die Planunterlagen/besonderen Vertragsbedingungen/weiteren beigelegten Unterlagen) inhaltlich akzeptiert,
8. dass er/sie bei der Erstellung des Angebots etwaige Erhöhungen aufgrund eines etwaigen Anstiegs der Preise während der Ausführung der vertraglichen Leistungen berücksichtigt hat und im Vorhinein auf alle diesbezüglichen Klagen oder Einwände verzichtet,
9. dass dieser Vertrag ohne Vermittlung oder Mitwirkung Dritter abgeschlossen wurde;
10. dass er/sie niemandem direkt oder durch Dritte, einschließlich abhängiger oder verbundener Unternehmen, Geldsummen oder andere Leistungen für Vermittlungs- oder ähnliche Geschäfte, die in irgendeiner Form den Vertragsabschluss erleichtern sollten, ausbezahlt oder versprochen hat,
11. dass er/sie sich verpflichtet, niemandem und aus keinerlei Rechtstitel Geldsummen oder andere Leistungen zu zahlen, welche die Vertragsdurchführung und/oder -verwaltung in Hinblick auf die damit eingegangenen Verpflichtungen erleichtern sollen, noch wird er/sie Handlungen vornehmen, die darauf abzielen;
12. dass er/sie keine Angestellte gemäß Art. 53 Abs. 16/ter GvD Nr. 165/2001 eingestellt hat, welche in den letzten drei Dienstjahren Führungs- oder Verhandlungsbefugnisse für die öffentlichen Verwaltungen nach Art. 1 Abs. 2 ausgeübt haben; diese dürfen in den drei Jahren nach Beendigung des öffentlichen Arbeitsverhältnisses keine Arbeits- oder berufliche Tätigkeit für Private ausüben, an welche die Tätigkeiten der öffentlichen Verwaltung kraft derselben Befugnisse gerichtet waren. In Verletzung von Art. 53 Abs. 16/ter abgeschlossene Verträge und Aufträge sind nichtig, und es ist den privaten, am Vertrag oder Auftrag beteiligten Rechtssubjekten untersagt, mit den öffentlichen Verwaltungen für die folgenden drei Jahre Verträge auszuhandeln, wobei entsprechende, evtl. bezogene und festgestellte Vergütungen zurückerstattet werden müssen;
13. dass er/sie darum weiß, dass die Nichterfüllung der Teilnahmeanforderungen die Vertragsaufhebung, die Einbehaltung der etwaigen endgültigen Sicherheit und die Meldung an die zuständigen Behörden bedingt,
14. dass bei Falscherklärungen Art. 76 DPR Nr. 445/2000 angewandt und die Vergabe annulliert und/oder widerrufen und der Vertrag kraft Gesetzes gemäß Art. 1456 aufgehoben wird.
15. dass er/sie sich nicht geschäftsunfähig im Sinne von Art. 31 GVD Nr. 507/1999 ist,
16. dass er/sie sich verpflichtet, die Vergabestelle über jede in den Eigentumsverhältnissen, in der Betriebsstruktur, in den technischen und Verwaltungsorganismen eingetretene Änderung unverzüglich zu unterrichten,
17. dass er/sie bei der Ausarbeitung des Angebots sämtliche am Arbeitsausführungsort geltenden Pflichten und Lasten gemäß Bestimmungen zu Arbeitssicherheit, Hygiene, Umweltschutz, Arbeitsbedingungen, Vor- und Fürsorge berücksichtigt hat; dass die Sicherheitskosten keinem Abschlag unterworfen wurden – weder die Kosten für besondere Sicherheitsmaßnahmen laut Sicherheits- und Koordinierungsplan (Art. 100 GvD Nr. 81/2008), laut besonderen Vergabebedingungen und laut Sicherheits- und Koordinierungsplan, noch die bereits fix enthaltenen gesetzlichen Sicherheitskosten von **0,6** *[wenn der Plan auf dem Richtpreisverzeichnis 2019 ff. basiert*]oderdes bei Vergabeerteilung separat in jedem Einheitspreis der Kosten- und Massenberechnung (die Existenz dieses Dokuments ist zu überprüfen) anzugebenden Prozentsatzes oder Betrags; dass er/sie sich verpflichtet, diese Beträge für Sicherheitsmaßnahmen auf der Baustelle zu verwenden;
18. dass er/sie den Inhalt der vergabegegenständlichen Planunterlagen akzeptiert,
19. dass er/sie (gegebenenfalls), sofern Arbeiten betreffend Fernsprechanlagen vorgesehen sind, die Genehmigung 1./2. Grades gemäß MD vom 23. Mai 1992 samt Beilagen oder Folgedekrete hat (mit Bezug auf die Vorschriften über die Realisierung von Anschlüssen und Abnahmen interner Telefonanlagen) oder die Arbeiten für das Datenübermittlungsnetz von einem Unternehmen ausführen lässt, das besagte Genehmigung hat.

***NB: Angebot mit Einheitspreisen:***

***(NB: falls es sich um einen Vertrag nur mit Pauschalvergütung handelt, andernfalls löschen)***

* dass er/sie zur Kenntnis nimmt, dass die Posten und die darin vorgesehenen Mengen keine Auswirkungen auf den Gesamtbetrag des Angebots haben (und somit keinen rechtsgeschäftlichen Wert), da der **Pauschal**preis für die Arbeiten aufgrund der Beschreibung der Arbeiten, zeichnerischen Unterlagen und weiteren Planunterlagen kalkuliert wurde, und dass ferner der vereinbarte Pauschalpreis fix und unveränderlich ist und keine der Vertragsparteien eine Änderung der Mengen oder der Eigenschaften der Leistungen beanspruche kann;
* dass er/sie die in der „*Anlage C1 Angebotsformular Verzeichnis der Arbeiten und der Lieferungen*“ angegebenen Posten durch Überprüfung der Projektunterlagen samt Kosten- und Massenberechnung (die Existenz dieses Dokuments ist zu überprüfen) kontrolliert hat. Aufgrund dieser Überprüfung hat er/sie gegebenenfalls die für mangelnd oder überhöht erachteten Mengen nach oben oder unten verbessert und die seines/ihres Erachtens nach fehlenden Posten und Mengen, verglichen mit den Vorgaben in den zeichnerischen Unterlagen, in den besonderen Vertragsbedingungen und in den anderen Dokumenten, eingefügt; er/sie hat auf diese die Einheitspreise angewandt, die er/sie zu bieten beabsichtigt;

***(NB: falls es sich um einen Vertrag mit Vergütung teils pauschal, teils auf Maß handelt, andernfalls löschen):***

* dass er/sie zur Kenntnis nimmt, dass die Posten und die darin vorgesehenen Mengen für die Teile der Arbeiten, die **pauschal** vereinbart wurden, keine Auswirkungen auf den Gesamtbetrag des Angebots haben (und somit keinen rechtsgeschäftlichen Wert), da der so für den „pauschalen“ Vertragsteil festgelegte Preis fix und unveränderlich ist (der vereinbarte Preis kann nicht aufgrund der Überprüfung von Quantität und Qualität der Leistung geändert werden);
* dass er/sie die in der „Anlage C1 Angebotsformular Verzeichnis der Arbeiten und der Lieferungen“ angegebenen Posten durch Überprüfung der Projektunterlagen samt Kosten- und Massenberechnung (die Existenz dieses Dokuments ist zu überprüfen) kontrolliert hat. Aufgrund dieser Überprüfung hat er/sie gegebenenfalls die für mangelnd oder überhöht erachteten Mengen nach oben oder unten verbessert und die seines/ihres Erachtens nach fehlenden Posten und Mengen, verglichen mit den Vorgaben in den zeichnerischen Unterlagen, in den besonderen Vertragsbedingungen und in den anderen Dokumenten, eingefügt; er/sie hat auf diese die Einheitspreise angewandt, die er/sie zu bieten beabsichtigt;

***NB: Angebot mit Abschlag:***

***(NB: falls es sich um einen Vertrag nur mit Pauschalvergütung handelt, andernfalls löschen):***

* dass er/sie zur Kenntnis nimmt, dass die Posten und die darin vorgesehenen Mengen in der Kosten- und Massenberechnung (die Existenz dieses Dokuments ist zu überprüfen) keine Auswirkungen auf den Gesamtbetrag des Angebots haben (und somit keinen rechtsgeschäftlichen Wert), da der Pauschalpreis für die Arbeiten aufgrund der Beschreibung der Arbeiten, zeichnerischen Unterlagen und weiteren Planunterlagen kalkuliert wurde, und dass der vereinbarte, durch Abschlag auf den Ausschreibungsbetrag festgelegte Preis der Arbeiten für die „pauschalen“ Arbeiten fix und unveränderlich ist und keine der Vertragsparteien eine Änderung der Mengen oder der Eigenschaften der Leistungen beanspruche kann;
* dass er/sie vor der Formulierung des Angebots eingehend die Posten und Mengen durch Prüfung der Projektunterlagen kontrolliert hat und allfällige abweichende qualitative und quantitative Angaben der Posten in der Kosten- und Massenberechnung (die Existenz dieses Dokuments ist zu überprüfen) berücksichtigt hat.

Der gesetzliche Vertreter/Beauftragte

*mit digitaler Unterschrift unterzeichnet*

***Abschnitt IV***

***OBLIGATORISCHE ERKLÄRUNGEN***

**(NB: Alle hier angeführten Bedingungen, die sich auf Ausschreibungsverfahren, Vergabeverfahren, Zuschlagsverfahren, Ausschlüsse im technischen Sinne etc. beziehen, sind auf das Direktvergabeverfahren zu beziehen)**

**Erklärung über das Nichtvorhandensein von Ausschlussgründen gemäß Art. 80 GvD Nr. 50/2016**

**Mit der Unterzeichnung dieses Formulars erklärt der Wirtschaftsteilnehmer, dass er die Teilnahmeanforderungen gemäß Art. 80 GvD Nr. 50/2016 kontinuierlich von der Einreichung dieses Formulars an für die gesamte Dauer der Vertragsausführung erfüllt.**

**Punkt A:**

**strafrechtliche verurteilungen und Antimafiadokumentation**

|  |
| --- |
| **Art. 80 Abs. 1 GvD Nr. 50/2016:**1. Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung (Straftaten nach Art. 80 Abs. 1 Buchst. a) GvD Nr. 50/2016),
2. Bestechung (Straftaten nach Art. 80 Abs. 1 Buchst. b) GvD Nr. 50/2016),

b/bis) wahrheitswidrige gesellschaftsbezogene Mitteilungen nach Art. 2621 und 2622 des Zivilgesetzbuches (Art. 80 Abs. 1 Buchst. b/bis GvD Nr. 50/2016),1. Betrug (Art. 80 Abs. 1 Buchst. c) GvD Nr. 50/2016);
2. terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten (Art. 80 Abs. 1 Buchst. d) GvD Nr. 50/2016);
3. Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung (Art. 80 Abs. 1 Buchst. e) GvD Nr. 50/2016);
4. Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels (Art. 80 Abs. 1 Buchst. f) GvD Nr. 50/2016);
5. jede andere Straftat, welche als Nebenstrafe die Vertragsunfähigkeit mit der öffentlichen Verwaltung zur Folge hat (Art. 80 Abs. 1 Buchst. g) GvD Nr. 50/2016).
 |

|  |  |
| --- | --- |
| **A.1 Gründe im Zusammenhang mit strafrechtlichen Verurteilungen gemäß Art. 80 Abs. 1 GvD Nr. 50/2016:** | **Antwort** |
| Wurde der Wirtschaftsteilnehmer selbst oder eines der Subjekte nach Art. 80 Abs. 3 GvD Nr. 50/2016 aus einem der oben genannten Gründe **mit rechtskräftigem Strafurteil** oder **unwiderruflich gewordenem Strafbefehl** oder **durch Strafzumessung auf Antrag der Parteien gemäß Art. 444 der Strafprozessordnung** **verurteilt**, wobei **der unmittelbar im Urteil festgelegte** **oder aus Art. 80 Abs. 10 und 10/bis ebd. ableitbare** **Ausschlusszeitraum noch nicht verstrichen ist**[[1]](#footnote-1)?  | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT A.2** |  |
| Angeben:[[2]](#footnote-2) |  |
| 1. Daten der verurteilten Personen:
 |       |
| 1. Datum der Verurteilung:
 |       |
| 1. Straftat:
 |       |
| 1. falls im Urteil unmittelbar festgelegt, die Dauer der Nebenstrafe:
 |       |
| 1. die etwaige Entkriminalisierung oder das Erlöschen der Straftat:
 |       |
| 1. Wiedereinsetzung in die früheren Rechte oder Widerruf der Verurteilung:
 |       |
| 1. etwaiges Erlöschen der unbefristeten Nebenstrafe gemäß Art. 179 Abs. 7 des Strafgesetzbuches:
 |       |
| **Hat der Wirtschaftsteilnehmer im Falle einer Verurteilung ausreichende Maßnahmen getroffen, um seine Zuverlässigkeit trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes nachzuweisen („Self-Cleaning”, vgl. Art. 80 Abs. 7)?**  | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT A.2** |  |
| 1. Hat das rechtskräftige Strafurteil den mildernden Umstand der Zusammenarbeit, wie für die einzelnen Straftaten definiert, anerkannt?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| 1. Sieht das rechtskräftige Strafurteil eine Freiheitsstrafe von höchstens 18 Monaten vor?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| Wenn die Antwort auf die Fragen 1) und/oder 2) ja lautet: |  |
| 1. wurde der Schaden gänzlich ersetzt?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| oder |  |
| 1. hat sich der Wirtschaftsteilnehmer formell verpflichtet, den Schaden zu ersetzen?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| und |  |
| hat der Wirtschaftsteilnehmer konkrete technische, organi­satorische und personalspezifische Maßnahmen getroffen, um weitere Straftaten oder Vergehen zu verhindern? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja,** die betreffenden Dokumente anführen: |       |
| Falls die Urteile gegen **ausgeschiedene Subjekte** nach Art. 80 Abs. 3 erlassen wurden, sind die Maßnahmen anzugeben, welche die vollständige und tatsächliche Lossagung vom strafrechtlich geahndeten Verhalten belegen: |       |
| **A.2 Ausschlussgrund gemäß Art. 80 Abs. 5 Buchst. l) GvD Nr. 50/2016** |  |
| War der Wirtschaftsteilnehmer Opfer einer **qualifizierten mafiösen Straftat von Erpressung im Amt oder Erpressung**? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT A.3** |  |
| Hat der Wirtschaftsteilnehmer: |  |
| 1. die Vorfälle bei der Gerichtsbehörde angezeigt?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| oder |  |
| 1. obgleich er keine Anzeige erstattet hat, ist im Zeitraum zwischen dem Antrag auf Einleitung des Hauptverfahrens und der Veröffentlichung der Bekanntmachung mehr als ein Jahr vergangen?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **A.3 Überprüfungen laut dem Antimafiakodex (GvD Nr. 159/2011)** | ANMERKUNG FÜR DEN EVENTUELLEN MEHRHEITS-/ALLEINIGEN GESELLSCHAFTER:DAS AUSFÜLLEN DES FORMULARS ENDET MIT PUNKT 3.A.3 INKLUSIVE |
| Liegen gegen die Subjekte nach Art. 80 Abs. 3 GvD Nr. 50/2016 **Verfalls-, Aussetzungs- oder Aberkennungsgründe** nach Art. 67 GvD Nr. 159/2011 oder ein **Versuch mafiöser Unterwanderung** nach Art. 84 Abs. 4 ebd. vor?[[3]](#footnote-3)  | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| Angeben ob der Wirtschaftsteilnehmer in der White-List eingetragen ist:  | [ ]  Ja [ ]  Nein[Zuständige Präfektur/Kommissariat]       |
| **Falls ja**, Fälligkeitsdatum angeben |       |
| Falls die Eintragung bereits verfallen ist oder kurz davorsteht, angeben ob der Wirtschaftsteilnehmer die Erneuerung der Eintragung beantragt hat: | [ ]  Ja [ ]  Nein[Zuständige Präfektur/Kommissariat]       |
| **Falls ja**, das Datum der Erneuerungsanfrage angeben: |       |

**PUNKT B:**

**ENTRICHTUNG VON STEUERN ODER SOZIALVERSICHERUNGSBEITRÄGEN**

|  |  |
| --- | --- |
| **Gründe im Zusammenhang mit der Entrichtung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen gemäß Art. 80 Abs. 4 GvD Nr. 50/2016:** | **Antwort:** |
| Angabe des Amtes, welches für die Zertifizierung der Steuer- und Abgabenzahlungen zuständig ist:  | [zuständiges Amt][[4]](#footnote-4)      [Adresse]      [PEC]      [E-Mail][[5]](#footnote-5)       [Fax]5       |
| Angabe des Amtes, welches für die Zertifizierung der Sozialversicherungsbeiträgezuständig ist:  | [zuständiges Amt] 4      [Adresse]      [PEC]      [E-Mail]5       [Fax]5       |
| Angabe etwaiger Selbstständige, die im Unternehmen tätig sind und die Sozialversicherungsbeiträge eigenständig einzahlen, und des Amtes, welches für die Zertifizierung dieser Beiträge zuständig ist: | [Nachname, Name]       ([ ]  W [ ]  M)[Steuernummer]      [zuständiges Amt] 4      [Adresse]      [PEC]      [E-Mail]5       [Fax]5       |
| Hat der Wirtschaftsteilnehmer **grobe[[6]](#footnote-6), rechtskräftig festgestellte Verstöße bei der Entrichtung von Steuern und Abgaben oder von Sozialversicherungsbeiträgen** begangen, laut der italienischen Gesetzgebung oder jener des Niederlassungsstaates? [[7]](#footnote-7) | [ ]  Ja [ ]  Nein [[8]](#footnote-8) |
| Hat der Wirtschaftsteilnehmer **nicht rechtskräftig festgestellte** Verstöße[[9]](#footnote-9)bei der Entrichtung von Steuern und Abgaben oder von Sozialversicherungsbeiträgen begangen, laut der italienischen Gesetzgebung oder jener des Niederlassungsstaates?  | [ ]  Ja [ ]  Nein [[10]](#footnote-10) |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT C** |  |
| Anzuführen sind: | **Steuern/Abgaben** | **Sozialversicherungsbeiträge** |
| 1. Betroffener Staat oder Mitgliedsstaat:
 | a)       | a)       |
| 1. Höhe des Betrags:
 | b)       | b)       |
| 1. Wie wurde der Verstoß festgestellt?
 |  |  |
| 1. Im Wege einer Gerichts- oder verwaltungsbehörd­lichen **Entscheidung**?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| * Ist diese Entscheidung definitiv und verbindlich?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| * Datum der der Entscheidung:
 |       |       |
| * Im Falle einer Verurteilung und soweit darin unmittelbar festgelegt, Dauer des Ausschluss­zeitraums:
 |       |       |
| 1. Auf **andere** **Weise**? Präzisieren:
 |       |       |
| 1. Ist der Wirtschaftsteilnehmer seinen Verpflichtungen **vor Ablauf der Frist für die Einreichung des Teilnahmeantrags** nachgekommen oder ist er eine verbindliche Verpflichtung zur Zahlung der fälligen Abgaben, Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge einschließlich etwaiger Zinsen oder Strafzahlungen eingegangen?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja**, detaillierten Angaben hinzufügen: |       |       |

**PunkT C:**

**zahlungsunfähigkeit, Interessenskonflikt oder berufliche fehlverhalten**

|  |
| --- |
| **Beachten Sie bitte, dass für die Zwecke dieser Auftragsvergabe einige der folgenden Ausschlussgründe möglicherweise im nationalen Recht genauer definiert wurden. So kann beispielsweise der Begriff „schwere Verfehlung im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit“ nach nationalem Recht unterschiedliche Verhaltensweisen abdecken.** |

|  |  |
| --- | --- |
| **Gründe im Zusammenhang mit Interessenskonflikten oder beruflichem Fehlverhalten gemäß Art. 80 Abs. 5 GvD Nr. 50/2016:** | **Antwort: ALLE URTEILE oder MAẞNAHMEN ANGEBEN** |
| **C.1** Hat der Wirtschaftsteilnehmer **im Bereich Gesundh­eit und Arbeitssicherheit nachweislich gegen seine umwelt-, sozial- und arbeitssicherheitsrechtlichen Verpflichtungen verstoßen**? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT C.2** |  |
| Detaillierte Angaben über die Art der strafbaren Handlung und über die Feststellungsmodalität (z.B. mit Urteil oder Verfügung anderer Art): | [strafbare Handlung]      [Nummer und Datum des Urteils/der Verfügung]      [zuständiges Amt]      [Adresse]      [PEC]      [E-Mail][[11]](#footnote-11)       [Fax]8       |
| Hat der Wirtschaftsteilnehmer: |  |
| 1. den Schaden vollständig ersetzt?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| oder |  |
| 1. sich formell verpflichtet, den Schaden zu ersetzen?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| und |  |
| hat er konkrete technische, organisatorische und personalspezifische Maßnahmen getroffen, um weitere Vergehen oder Straftaten zu verhindern? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja,** bitte die einschlägigen Dokumente angeben: |       |
| **C.2** Der Wirtschaftsteilnehmer befindet sich in einer der nachfolgenden Situationen oder es ist ein Verfahren zur Feststellung einer der folgenden Situationen anhängig: |  |
| 1. **Konkurs**
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| 1. **Zwangsliquidation**
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| 1. **Ausgleich**
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja zu Buchst. C.**, detaillierten Angaben hinzu­fügen: |       |
| **C.3** Hat der Wirtschaftsteilnehmer im Rahmen seiner **beruflichen Tätigkeit schwere Verfehlungen** begangen? (vgl. ANAC-Leitlinie Nr. 6)[[12]](#footnote-12) | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT C.4** |  |
| Detaillierte Angaben über die Art der strafbaren Handlung und über die Feststellungsmodalität (z.B. mit Urteil oder Maßnahme anderer Art): | [strafbare Handlung]      [Nummer und Datum des Urteils/Maßnahme]      [zuständiges Amt]      [Adresse]      [PEC]      [E-Mail] [[13]](#footnote-13)       [Fax] 10       |
| Im Falle von Strafvollstreckungsmaßnahmen der Antitrust-Behörde ist auch deren Unanfechtbarkeit oder endgültige Bestätigung anzugeben (vgl. Gutachten vom 23.07.2019 Nr. AS1600 der Antitrust-Behörde). |       |
| Hat der Wirtschaftsteilnehmer: |  |
| 1. den Schaden vollständig ersetzt?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| oder |  |
| 1. sich formell verpflichtet, den Schaden zu ersetzen?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| und |  |
| hat er konkrete technische, organisatorische und personalspezifische Maßnahmen getroffen, um weitere Vergehen oder Straftaten zu verhindern? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja,** bitte die einschlägigen Dokumente angeben: |       |
| **C.4** Hat der Wirtschaftsteilnehmer: |  |
| 1. **versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zum eigenen Vorteil zu erhalten**?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| 1. **auch fahrlässig falsche oder irreführende Informationen übermittelt, die die Entscheidungen über Ausschluss, Auswahl oder Zuschlag beeinflussen könnten**?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| 1. **Auskünfte zurückgehalten, die für die korrekte Abwicklung des Vergabeverfahrens notwendig sind**?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT C.5** |  |
| Hat der Wirtschaftsteilnehmer: |  |
| 1. den Schaden vollständig ersetzt?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| oder |  |
| 1. sich formell verpflichtet, den Schaden zu ersetzen?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| und |  |
| hat er konkrete technische, organisatorische und personalspezifische Maßnahmen getroffen, um weitere Vergehen oder Straftaten zu verhindern? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja,** die einschlägigen Dokumente angeben: |       |
| **C.5** Sind dem Wirtschaftsteilnehmer **erhebliche oder andauernde Mängel bei der Ausführung eines früheren Vergabe- oder Konzessionsvertrags unterlaufen, was dessen Auflösung wegen Nichterfüllung bzw. die Verurteilung zum Schadenersatz oder andere vergleichbare Sanktionen** bedingt hat? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT C.6** |  |
| Detaillierte Angaben über das rechtswidrige Verhalten und über die verhängte Sanktion: |       |
| Hat der Wirtschaftsteilnehmer: |  |
| 1. den Schaden vollständig ersetzt?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| oder |  |
| 1. sich formell verpflichtet, den Schaden zu ersetzen?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| und |  |
| hat er konkrete technische, organisatorische und personalspezifische Maßnahmen getroffen, um weitere Vergehen oder Straftaten zu verhindern? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja,** bitte die einschlägigen Dokumente angeben |       |
| **C.6** Hat der Wirtschaftsteilnehmer einen **schweren Verstoß gegen einem oder mehreren Unterauftragnehmern begangen, anerkannt oder festgestellt mit rechtskräftigem Urteil**? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT C.7** |  |
| Detaillierte Angaben über das rechtswidrige Verhalten und über das rechtskräftige Urteil hinzufügen: | [rechtswidriges Verhalten]      [Nummer und Datum des Urteils]      [zuständiges Amt]      [Adresse]      [PEC]      [E-Mail][[14]](#footnote-14)       [Fax]11       |
| Hat der Wirtschaftsteilnehmer: |  |
| 1. den Schaden vollständig ersetzt?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| oder |  |
| 1. sich formell verpflichtet, den Schaden zu ersetzen?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| und |  |
| hat er konkrete technische, organisatorische und personal­spezifische Maßnahmen getroffen, um weitere Vergehen oder Straftaten zu verhindern? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja,** bitte die einschlägigen Dokumente angeben |       |
| **C.7** Sieht der Wirtschaftsteilnehmer einen **Interessenskonflikt**[[15]](#footnote-15) aufgrund seiner Teilnahme am Vergabeverfahren? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBER­GEHEN ZU PUNKT C.8** |  |
| Detaillierte Informationen über den Interessenskonflikt anführen: |       |
| Näher ausführen, wie der Interessenskonflikt eventuell gelöst wurde: |       |
| **C.8** Haben der Wirtschaftsteilnehmer oder ein mit ihm in Verbindung stehendes Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber **beraten** oder war er auf andere Art und Weise an der **Vorbereitung des Vergabeverfahrens** **beteiligt**? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **Falls ja**, bitte näher ausführen, welche Maßnahmen getroffen wurden, um eine potentielle Verzerrung des Wettbewerbs zu verhindern: |       |

**Punkt D:**

**SONSTIGE AUSSCHLUSSGRÜNDE, DIE AUSSCHLIEẞLICH IN DEN INNERSTAATLICHEN RECHTSVORSCHRIFTEN VORGESEHEN SIND**

|  |  |
| --- | --- |
| **Rein innerstaatliche Ausschlussgründe (Art. 80 Abs. 5 Buchst. *f), g), h), i), l), m)* GvD Nr. 50/2016):** | **Antwort:** |
| **D.1** Wurde gegen den Wirtschaftsteilnehmer das **Verbot,** **mit der öffentlichen Verwaltung Verträge abzuschließen** (Art. 9 Abs. 2 Buchst. c GvD Nr. 231/2001), verhängt oder eine **andere Strafe, die das Verbot, Verträge mit der öffentlichen Verwaltung abzuschließen**, **bedingt** oder eine Maßnahme zur **Aussetzung der Unternehmertätigkeit wegen grober arbeitsrechtlicher Vergehen** (Art. 14 GvD Nr. 81/2008)? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **D.2** Ist der Wirtschaftsteilnehmer in dem von der Beobachtungsstelle der ANAC geführten elektronischen Verzeichnis eingetragen, weil er in **Vergabe- und Untervergabeverfahren** **wahrheitswidrige Erklärungen oder Dokumente** eingereicht hat? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **D.3** Ist der Wirtschaftsteilnehmer in dem von der Beobachtungsstelle der ANAC geführten elektronischen Verzeichnis eingetragen, weil er zum **Zwecke des Erhalts der Qualitätszertifizierung wahrheitswidrige Erklärun­gen oder Dokumente eingereicht hat**?  | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **D.4** Hat der Wirtschaftsteilnehmer gegen **das Verbot der** **treuhänderischen Beteiligung** gemäß Art. 17 des Gesetzes vom 19. März 1990, Nr. 55, verstoßen? | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **FALLS JA, FOLGENDES AUSFÜLLEN, SONST ÜBERGEHEN ZU PUNKT D.5** |  |
| Angeben: |  |
| * Datum der definitiven Feststellung und die ausstellende Behörde oder Stelle:
 | [Nummer und Datum der Maßnahme]      [zuständiges Amt]       |
| * wurde der Verstoß behoben?
 | [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **D.5** Gesetz vom 12. März 1999, Nr. 68  **(Bestimmungen zum Recht auf Arbeit der Menschen mit Behinderung**)  oder entsprechendes Gesetz des Herkunftsstaates  Ist der Wirtschaftsteilnehmerzur**Umsetzung und Integration geschützter Personen** laut Gesetz vom 12. März 1999, Nr. 68 oder laut dem entsprechenden Gesetz des Herkunftsstaates, verpflichtet? | [zuständiges Amt] [[16]](#footnote-16)      [Adresse]      [PEC]      [E-Mail] [[17]](#footnote-17)       [Fax] 13      [ ]  Ja [ ]  Nein |
| **D.6** Befindet sich der Wirtschaftsteilnehmer gegenüber einem anderen Verfahrensteilnehmer in einer **Kontrollsituation** nach Art. 2359 des Zivilgesetzbuches oder in einer **anderen, auch faktischen Beziehung**, sofern diese zur Folge haben, dass die Angebote auf ein einziges Entschei­dungszentrum zurückzuführen sind?  | [ ]  Ja [ ]  Nein |

|  |  |
| --- | --- |
|  | Der Erklärende      (mit digitaler Unterschrift unterzeichnet) |

***DATENSCHUTZHINWEIS***

***Achtung: die Information gemäß Art. 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (DSGVO) einfügen.***

Gelesen, bestätigt und unterschrieben

Der gesetzliche Vertreter/Beauftragte

(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

1. Gemäß Art. 80:

Absatz 10: “*Se la sentenza penale di condanna definitiva non fissa la durata della pena accessoria della incapacità di contrattare con la pubblica amministrazione, la durata della esclusione dalla procedura d’appalto o concessione è:*

*perpetua, nei casi in cui alla condanna consegue di diritto la pena accessoria perpetua, ai sensi dell’art. 317-bis, primo periodo, del Codice penale, salvo che la pena sia dichiarata estinta ai sensi dell’articolo 179, settimo comma, del Codice penale;*

*pari a sette anni nei casi previsti dall’articolo 317-bis, secondo periodo, del Codice penale, salvo che sia intervenuta riabilitazione;*

*pari a cinque anni nei casi diversi da quelli di cui alle lettere a) e b), salvo che sia intervenuta riabilitazione*.”

Absatz 10-bis:“*Nei casi di cui alle lettere b) e c) del comma 10, se la pena principale ha una durata inferiore, rispettivamente, a sette e cinque anni di reclusione, la durata della esclusione è pari alla durata della pena principale.*” [↑](#footnote-ref-1)
2. Für jedes Rechtssubjekt nach Art. 80 Abs. 3 GvD Nr. 50/2016 wiederholen. [↑](#footnote-ref-2)
3. Für jedes Rechtssubjekt nach Art. 80 Abs. 3 GvD Nr. 50/2016 wiederholen. [↑](#footnote-ref-3)
4. Im Zweifelsfall, sich an die örtlich zuständige Agentur für Einnahmen oder Sozialversicherungskörperschaften (NISF, INAIL, Bauarbeiterkasse) wenden. [↑](#footnote-ref-4)
5. Angabe nur bei ausländischen Wirtschafsteilnehmern, die keine PEC-Adresse haben. [↑](#footnote-ref-5)
6. Grobe Verletzungen der Pflichten zur Zahlung von Steuern und Gebühren sind jene über 5.000 Euro, bzw. Über den Betrag laut Art. 48-bis Absätze 1 und 2 des DPR 602/1973. [↑](#footnote-ref-6)
7. Es wird darauf hingewiesen, dass der Wirtschaftsteilnehmer ab Angebotsabgabe die Pflichten zur Steuer-, Abgaben- und Sozialversicherungsbeitragszahlung nicht verletzt haben darf und dass dies auch während der gesamten Dauer des Vergabeverfahrens bis zum Vertragsabschluss, sowie für die gesamte Dauer der Vertragsausführung so bleiben muss. [↑](#footnote-ref-7)
8. Kreuzt der Wirtschaftsteilnehmer „nein“ an, erklärt er, dass er die Steuern-, Abgaben- und Sozialversicherungsbeitragspflichten von der Angebotsabgabe an bis zur Unterzeichnung des Formulars ordnungsgemäß erfüllt hat. [↑](#footnote-ref-8)
9. **Es ist die Angabe aller eventuellen Verletzungen der Pflichten zur Zahlung der Steuern und Gebühren und/oder der Sozialabgaben erforderlich, damit die Vergabestelle die entsprechenden Bewertungen in ihrem Kompetenzbereich machen kann.** [↑](#footnote-ref-9)
10. Kreuzt der Wirtschaftsteilnehmer „nein“ an, erklärt er, dass er die Steuern-, Abgaben- und Sozialversicherungsbeitragspflichten von der Angebotsabgabe an bis zur Unterzeichnung des Formulars ordnungsgemäß erfüllt hat. [↑](#footnote-ref-10)
11. Angabe nur bei ausländischen Wirtschafsteilnehmern, die keine PEC Adresse haben. [↑](#footnote-ref-11)
12. Relevant sind insbesondere die nicht rechtskräftigen Verurteilungen wegen der Straftaten nach Art. 80 Abs. 1 Buchst. b) und wegen folgender beispielshalber genannten Strafttaten:

unbefugte Ausübung eines Berufs;

Konkursdelikte (einfacher und betrügerischer Bankrott, unterlassene Meldung der im Konkursinventar aufzunehmenden Güter, missbräuchliche Kreditbeanspruchung);

Steuerdelikte nach GvD Nr. 74/2000, Gesellschaftsdelikte, Verbrechen gegen Gewerbe und Handel;

baurechtliche Vergehen nach Art. 44 Abs. 1 Buchst. b) und c) des Einheitstextes zu den Rechtsvorschriften im Bauwesen gemäß DPR vom 6. Juni 2001, Nr. 380, mit Bezug auf die Vergabe von Bauarbeiten sowie Architekten- oder Ingenieurleistungen,

Straftaten nach GvD Nr. 231/2001,

Strafvollstreckungsaßnahmen der Antitrust-Behörde wegen unlauterer Geschäftspraktiken oder grober Wettbewerbsvergehen, begangen im vergabegegenständlichen Markt und mit Auswirkungen auf die öffentliche Auftragsvergabe. [↑](#footnote-ref-12)
13. Angabe nur bei ausländischen Wirtschafsteilnehmern, die keine PEC Adresse haben. [↑](#footnote-ref-13)
14. Angabe nur bei ausländischen Wirtschafsteilnehmern, die keine PEC Adresse haben. [↑](#footnote-ref-14)
15. Im Sinne des nationalen Rechts, der einschlägigen Bekanntmachung oder der Auftragsunterlagen. [↑](#footnote-ref-15)
16. Angabe immer erforderlich zur Kontrolle des Wahrheitsgehalts der Erklärung [↑](#footnote-ref-16)
17. Angabe nur bei ausländischen Wirtschafsteilnehmern, die keine PEC Adresse haben. [↑](#footnote-ref-17)